

Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
Quaderstrasse 17

7000 Chur

(per mail an info@ekud.gr.ch)

Chur, 23. Dezember 2013

Teilrevision des Gesetzes über die Mittelschulen im Kanton Graubünden (Mittelschulgesetz, BR 425.000) – Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit dem Übertritt der geburtenschwächeren Jahrgänge von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II sind die regionalen Mittelschulen von einem starken Geburtenrückgang betroffen. Im Schuljahr 2013/14 besuchen ca. 2600 Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton eine Bündner Mittelschule. In den nächsten zehn Jahren zeichnet sich ein kontinuierlicher Rückgang um ca. 600 Mittelschülerinnen und Mittelschüler ab. Dies hat zur Folge, dass die Beitragszahlungen des Kantons an die privaten Mittelschulen abnehmen werden, was diese Schulen vor grosse finanzielle Herausforderungen stellen wird.

Mit der Vorlage will die Regierung entsprechende Massnahmen gegen diese Entwicklung ergreifen. Sie legt dar, wie eine Erhöhung der Kantonsbeiträge an die privaten Mittelschulen umgesetzt werden kann. Als Folge der Kosten für die Sanierung der Bündner Kantonsschule in Chur sollen die Beitragszahlungen angepasst und die in der Regel tieferen durchschnittlichen Schülerzahlen pro Klasse der privaten Mittelschulen gegenüber der Kantonsschule be-

rücksichtigt werden. Die Erhöhung der Beitragszahlungen soll zudem die auf Art. 89 Abs. 3 der Kantonsverfassung basierende regionale Verteilung der Mittelschulen auch zukünftig gewährleisten. Zudem soll mit der Teilrevision die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, dass zukünftig Mittelschulen mit zweisprachiger Maturität eine Sonderentschädigung erhalten und Informatikmittelschulen führen dürfen.

Die neue Berechnungsart innerhalb der Planungsperiode 2016 bis 2022 wird bei gleichbleibenden Schülerzahlen zu jährlichen Mehraufwendungen gegenüber der heutigen Berechnungsart von rund 3,5 Millionen Franken führen. Der Budgetwert für das Kalenderjahr 2013 in der Höhe von rund 32,4 Millionen Franken soll indessen auch mit der Revision nicht mehr erreicht werden, weil die Schülerzahlen abnehmen. **Tatsache bleibt aber, dass die Teilrevision Mehrkosten von rund 3,5 Millionen Franken auslöst.**

1. Allgemeines

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden sind von der Vorlage betroffen. Die Wirtschaft stellt den grössten Teil der Lehrstellen in Graubünden zur Verfügung. Eine verstärkte Förderung der Mittelschulen kann Auswirkungen auf die Lehrstellennachfrage haben. Heute entscheiden sich rund 66 Prozent aller Schulabgänger in Graubünden für eine Berufslernlehre. Ein vom Amt für höhere Bildung Graubünden anhand der Geburtenzahlen der Referenzjahrgänge für die Jahre 2010/11 – 2022/23 hochgerechneter Prognosewert deckt sich mit den Angaben im Vernehmlassungsbericht und zeigt, dass bei gleichbleibender Maturitätsquote von rund 21 Prozent ein markanter Aderlass in den Mittelschulen erfolgen wird. Wenn die berufliche Grundbildung auch künftig gleichbehandelt wird, würden nach dieser Berechnung künftig rund 27 Prozent weniger Schüler die Mittelschule besuchen (2010/11: 2749 Schüler; 2022/23: 2015 Schüler).

Der Teilrevision des Mittelschulgesetzes stehen die Dachorganisationen der Wirtschaft **sehr kritisch** gegenüber. Die Regierung unterlässt es, das offensichtliche Problem anzugehen. **Die Gründe für die Schieflage der Mittelschulen wie Geburtenrückgang und fehlende Internatsschüler mit ausserkantonaler oder ausländischer Herkunft können langfristig auch mit höheren Kantonsbeiträgen nicht kompensiert werden.** Gerade kleinere Mittelschulen werden den sich deutlich abzeichnenden Einbruch kaum oder nur schwer verkraften, wenn sie ihr Angebot nicht ausbauen und/oder zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten, die weit über den jetzigen Vorschlag hinausgehen. Dies trifft umso mehr zu als die Regierung in Übereinstimmung mit der Forderung der Dachorganisationen der Wirtschaft im Regierungsprogramm 2013-2016 ausdrücklich festhält, dass **Jugendliche der Sekundarstufe II im Rahmen der bisherigen Anteile auf die duale Bildung und die Mittelschulen**

verteilt werden sollen (**Botschaften 2011/2012;1296**), mithin die **Maturitätsquote von knapp 21 Prozent nicht tangiert werden darf**. Die Vorlage kann deshalb das Problem einzelner gefährdeter Ausbildungsstandorte nicht lösen, sie schiebt die Lösung in die Zukunft. Einerseits werden dadurch langfristig Fehlallokationen ausgelöst andererseits wird mit der Einführung eines neuen Angebotes im Bereich der Informatikmittelschule unnötig in das bewährte System der Berufsbildung eingegriffen.

2. Maturitätsquote beibehalten

Der Kanton muss mit geeigneten Massnahmen dafür sorgen, dass die heutige Maturitätsquote beibehalten wird. Auch wenn andere Kantone eine höhere Quote haben (z.Bsp. Genf mit ca. 34 Prozent), besteht kein Anlass, an der geltenden Strategie Korrekturen vorzunehmen, um die Mittelschulen zu fördern. Nur die Besten eines Jahrganges sollen über die Matura den universitären Hochschulen zugeführt werden. Die Anforderungen an die Matura müssen deshalb hoch bleiben. Dies fordern aus guten Gründen auch die Universitäten und die Technischen Hochschulen. Es macht keinen Sinn, den gymnasialen Weg zu „proletarisieren“. Vielmehr ist darauf zu achten, dass Maturandinnen und Maturanden aus Bündner Mittelschulen ein Studium an einer Universität oder an der ETH erfolgreich bestehen können. Gelangen auf dem Wege der Gesetzgebung zusätzliche Angebote wie die Informatikmittelschule, die auch von der beruflichen Bildung abgedeckt werden, in das Portefeuille der Mittelschulen, müssten nach unserer Auffassung diese Abgänger der Maturitätsquote angerechnet werden.

3. Höhere Kantonsbeiträge an private Mittelschulen

Der Anspruch der privaten Mittelschulen auf höhere Beiträge aufgrund der Entwicklung in der Kantonsschule Chur und den zwangsläufig kleineren Klassen in den regionalen Schulen ist nachvollziehbar. Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden wehren sich nicht gegen die neue Berechnungsmethode, die dazu führt, dass die privaten Mittelschulen eine Betriebspauschale inkl. Administrationspauschale, eine Investitionspauschale und eine Abgeltung für Sonderleistungen wie Durchführung der zweisprachigen Maturität erhalten. Bedenkt man, dass in der Vergangenheit sehr hohe Investitionen in der Kantonsschule ausgelöst wurden, darf die Pauschale gegenüber heute höher ausfallen. Die privaten Mittelschulen müssen investieren, um am Markt bleiben zu können. Es wäre mit Art. 89 Abs. 3 KV nicht vereinbar, das Angebot in Chur einseitig zu fördern. **Die Verfassungsbestimmung**, auf welche die Beitragserhöhung indirekt abgestützt wird, verlangt auf der anderen Seite aber **nicht ein Festhalten am status quo**. Sie verlangt nur, dass der Kanton für den Mittelschulunter-

richt zu sorgen hat und diesen auch dezentral anbietet (Cavegn, Kommentar KV/GR Art. 89 Rz 21). Wie sich der Mittelschulmarkt entwickeln könnte, zeigt das aktuelle öffentlich publizierte Beispiel des Hochalpinen Instituts Ftan. Verwaltungspräsident Prof. em. Rolf Dubs, ein noch heute führender Bildungswissenschaftler in der Schweiz, sagt: „Wenn wir eine ungenügende Schülerzahl haben und im nächsten Jahr diese ebenfalls nicht steigern können, dann gibts finanzielle Engpässe.« Das Hochalpine Institut Ftan steht gemäss Dubs und Rektor Gerhard Stäuble vor sehr grossen Herausforderungen. Es gebe immer mehr Privatschulen in den Städten, was die Internatsschule überflüssig mache. Die unsichere Wirtschaftslage sorge dafür, dass sich ausländische Eltern heute gründlicher überlegen, ob sie ihre Sprösslinge in ein Schweizer Internat schicken möchten (SO vom 16. Dezember 2013). Eine präzisere Analyse kann wohl nicht gemacht werden. **Bezogen auf die Bündner Politik darf erwartet werden, dass sie die logischen Schlussfolgerungen aus dieser Analyse zieht.** Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden fordern nicht eine Aufgabe einzelner konkret genannter Mittelschulen, aber sie verlangen von der **Regierung, sich der Problematik zu stellen und die Beiträge an die privaten Mittelschulen nicht (zu) einfach mit dem Giesskannensystem zu erhöhen.** Es kann nicht im Interesse des Kantons sein, die Augen vor sich anbahnenden Entwicklungen zu verschliessen. Um noch deutlicher zu werden, sei an das folgende Beispiel erinnert: Wenn in der Berufsschule eine Lektion nicht mehr mit genügend Schülern durchgeführt werden kann, wird die Lektion verlegt. Wenn es einem Lernenden aus irgendeiner Region in Graubünden zumutbar ist, die Berufsschule in Chur oder Rorschach zu belegen, gilt dies auch für einen Gymnasiasten.

4. Einführung der Informatikschulen

Die vorgesehene Einführung der Informatikmittelschule (IMS), die gemäss vorgeschlagenem Gesetzestext (Art. 8) ausschliesslich die Applikationsentwicklung im Visier hat, ist in dieser Form nicht das Kind der Regierung oder des Departementes sondern wurde vom Grossen Rat aufgezwungen. Leider und in unverständlicher Weise! In der Antwort auf den Auftrag Cavegn führte die Regierung nämlich zu Recht aus, **dass dort, wo die Möglichkeit besteht, das duale Ausbildungssystem vorgezogen werden sollte.** Fachmaturitäten, zu welchen die IMS zu zählen sind, sind nicht attraktiv und haben schon heute mit grossen quantitativen Problemen zu kämpfen, um sich halten zu können. Der frühere Versuch der Einführung der IMS fiel zwar tatsächlich der damaligen Sparrunde zum Opfer, dies aber auch nur, weil es nicht genügend Interessenten gab und die Aufgabe schmerzlos über die Bühne ging. Dies soll nun anders werden, obwohl offensichtlich ist, dass die IMS mit der dualen Ausbildung konkurriert, welche ihrerseits mit einer Lehre und einer Berufsmatura abgeschlossen werden kann. Es macht in der Tat keinen Sinn, für eine spezielle Branche eine

Ausnahme zu machen und unseren Ausbildungsbetrieben jene Lernenden, die meist über überdurchschnittliche Fähigkeiten verfügen, auch noch wegzunehmen. Lernende, die zudem auch in den Berufsschulen fehlen und für die vermutlich kaum Praktikumsplätze gefunden werden (jedenfalls nicht in den Regionen, in denen die Schulen angeboten werden sollen). Mit einer IMS werden potentiell Lernende für anspruchsvolle Berufe dem Lehrstellenmarkt entzogen. Daran hat die Wirtschaft kein Interesse, zumal heute höchst interessante Lehrstellenangebote wie Automatiker, Elektroniker etc. kaum beachtet werden. Die langjährige, unwiderlegbare Erfahrung in der Schweiz zeigt, dass es die Wirtschaft in all jenen Fällen, in denen auf dem Markt tatsächlich ein grosses Bedürfnis an Fachkräften mit spezifischer Ausbildung besteht, noch immer verstanden hat, die nötigen Lehrstellen zu schaffen. Eine andere Frage ist, ob sie unter den gegebenen Umständen überhaupt Lernende findet. Aber auch hier muss sich diese Branche genau gleich wie die übrigen behaupten, **und es besteht absolut kein Grund, die Informatik gegenüber allen anderen Branchen speziell zu behandeln**. Es kann - auch dies sei nicht verschwiegen – sein, dass der Weg zur Schaffung von genügend Lehrstellen manchmal etwas länger und schwieriger ist. Der Weg lohnt sich wegen den Vorteilen der dualen gegenüber der schulischen Ausbildung aber in jedem Fall, **und für den Kanton nicht zu unterschätzen ist, dass er alleweil günstiger ist als über die teure IMS**. Bedenkt man, dass die Berufsbildung im Vergleich zur schulischen Bildung mit weit weniger öffentlichen finanziellen Mitteln auskommt, müsste gerade dieses Argument viel stärker gewichtet werden als dies in der parlamentarischen Debatte gepflegt wurde. Kommt hinzu, dass zwar nach vorgeschlagenem Konzept ausschliesslich die Applikationsentwicklung an der IMS unterrichtet werden soll. Eine Ausdehnung auf andere Gebiete wie Systemtechnik, Betriebsinformatik oder Netzwerkentwicklung ist allerdings schon heute absehbar, vor allem dann, wenn der beabsichtigte Erfolg mit der Fachrichtung Applikationsentwicklung nicht eintreten wird und auch in dieser Ausbildung zu kleine Klassenzüge festzustellen sind.

Hätte die Politik in früheren Jahren auf jeden Bedarf nach Lehrstellen adäquat reagiert wie der Grosse Rat mit der Einführung einer Informatikmittelschule, müssten wir heute mit ähnlichen Verhältnissen wie benachbarte Länder leben, in welchen es seit längerer Zeit nicht mehr gelingt, die Nachfrage nach Ausbildungsstellen im dualen System durch hinreichende Aktivierung von betrieblichen Ausbildungsressourcen zu decken. Diese Entwicklung führte in diesen Ländern (zu denen im übrigen auch Deutschland gehört) zu einer schleichenden Erosion des dualen Systems, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass die Quote der Schulabgänger in das duale System sehr deutlich gesunken ist. Damit einher geht u.a. die rasante Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit. Dass Graubünden eine Informatikmittelschule nicht benötigt, belegt im übrigen die Tatsache, dass nur gerade fünf Kantone (mit Zürich, Bern und Aarau eher grössere) dieses System neben der beruflichen Grundbildung

übernommen haben. **Aus all diesen Gründen lehnen wir die Wiedereinführung der Informatikmittelschule ab.**

5. Zusammenfassung

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden stehen klar hinter einem dezentralen Angebot an Mittelschulen und stellen sich in Anlehnung an die Entwicklung der Kantonschule nicht gegen eine Erhöhung der Kantonsbeiträge. Wir erwarten indessen, dass die Regierung nicht eine giesskannenartige Erhöhung der Beiträge dem Grossen Rat beantragt, sondern qualitative Parameter festlegt, die in eine eigentliche Mittelschulstrategie einmünden. Dies führt zu einer qualitativen Differenzierung des Angebots und kann zur Folge haben, dass heute bestehende Strukturen – wie im erwähnten Regierungsprogramm 2013-2016 angesprochen - nicht mehr aufrechterhalten werden können. Die (Wieder-)Einführung der Informatikmittelschule lehnen wir aus den angeführten Gründen strikte ab.

Wir danken nochmals für die Gelegenheit zu Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

DACHORGANISATION DER WIRTSCHAFT GRAUBÜNDEN

Bündner Gewerbeverband

Urs Schädler
Präsident



Jürg Michel
Direktor



Handelskammer und Arbeitgeberverband GR

Ludwig Locher
Präsident



Dr. Marco Ettisberger
Sekretär



hotelleriesuisse Graubünden

Aschi Wyrsch
Präsident



Dr. Jürg Domenig
Geschäftsführer

